

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Pettizelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Pettizelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.40 Mk. — Die Reklame-Pettizelle 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer fest 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Das Urteil im Erzberger-Prozeß.

300 Mark Geldstrafe für Helfertich.

Berlin, 12. März. (W. Z. A.) Der Angeklagte Dr. Helfertich wurde wegen fortgesetzter Beleidigung im Sinne der §§ 186, 188 zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde die Einschickung der Broschüre „Fort mit Erzberger“ sowie mehrere Exemplare der Kreuzzeitung und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen ausgesprochen.

Eine deutsche Note über die Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Berlin, 12. März. Der deutsche Geschäftsträger in London hat dem Premierminister Lord George eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung mitteilt, daß sie die Auslieferungslisten der Genewa-Konvention dem Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig übermitteln habe, damit gemäß dem Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen das Erforderliche veranlaßt werde. Es heißt in der Note: Inzwischen ist ein von der deutschen Regierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Ergänzung dieses Gesetzes von der Nationalversammlung angenommen worden. Zunächst beseitigt dieses Gesetz alle Hindernisse, die dem neuen Verfahren infolge einer Abweichung oder dergleichen entgegenstehen könnten. Ferner schreibt das Gesetz vor, daß eine Einstellung des Verfahrens oder die Abschaffung der Wiedereröffnung eines früheren Verfahrens nur durch Entscheidung des Reichsgerichts selbst erfolgen kann. Die bezeichneten Vorschriften geben alle denkbaren gesetzlichen Garantien für eine erschöpfende und unparteiische Untersuchung. Die Note protestiert ferner gegen die Verhaftung und Verurteilung Deutscher, die in dem besetzten deutschen Gebiet leben, durch alliierte Gerichte. Sie fordert, daß derartige Verhaftungen nicht mehr vorgenommen und die bereits festgenommenen Deutschen dem deutschen Gericht zur Verfügung gestellt werden. In ähnlicher Weise würden auch diejenigen Deutschen in die Heimat zu entlassen sein, die bisher wegen Verschuldigungen der bezeichneten Art in der Kriegsgefangenschaft zurückgehalten worden sind.

Demonstration hungernder Frauen in München.

München, 12. März. Durch anonyme Flugblätter aufgefordert, zogen gestern Tausende von Frauen nach der Theresienwiese, um gegen die Hungernot zu protestieren. Da die Theresienwiese auf Anordnung des Staatskommissars für München rechtzeitig abgesperrt worden war, so wandten sich die Demonstrantinnen nach vergesslichen Verläufen, den Polizeikordon zu durchbrechen, dem Stadtkorn zu. In der Spitze des Zugs trug man Tafeln mit der Aufschrift: „Wir hungern.“ Dann folgten Frauen mit Säuglingen auf dem Arm und kleine Kinder an der Hand. Panzer und halbwildige Burken schlossen sich dem Zug, nach Beendigung der Demonstration auf dem Marienplatz wurde gewaltsam durchbrochen, doch widerstanden die eisernen Tore des Rathauses den Versuchen, einzudringen, worauf die Menge stürmisch nach dem Bürgermeister verlangte. Der Erste Bürgermeister lehnte jedoch ab, eine Abordnung der Demonstrantinnen zu empfangen, weil die Kundgebung ausdrücklich untersagt wurde, und er nicht mitwirken wollte, die Autorität des Staats zu untergraben. Als die Demonstrantinnen immer stürmischer wurden, besetzte Staatspolizei mit Scheren und leichten Maschinengewehren die Zugänge zum Marienplatz und ging daran, den Platz zu säubern. Die ärgsten Madaumacher wurden verhaftet, aber den Schuldeuten zumeist von der Menge wieder entlassen. Der Besonnenheit der Truppen gelang es schließlich, die Demonstration ohne Mordtaten durchzuführen, doch hatten sich inzwischen in andern Stadtteilen demonstrierende Frauen zusammengedrängt, deren Umzüge noch Stundenlang andauerten.

Rückzug Eugen Ernsts.

Die Freiheit meldet: Heute vormittag sollte vor dem Reichsmilitärgericht das Verhörverfahren wegen der Verhängung der Schutzhaft gegen Genossen Lechtich, Jachau und andre stattfinden. Bei Beginn der Verhandlungen stellte sich das Verfahren als gegenstandslos heraus, da die Genossen kurz vor dem Termin der Verhandlung aus der Schutzhaft entlassen worden waren. Womit die Urheber der Haft selbst das Bekenntnis abgelegt haben, daß die Haft zu Unrecht verhängt worden ist.

Aber warum diese plötzliche Eile? Hat Herr Eugen Ernst an der einen Niederlage im Falle Däumig genug? Er hat schon recht getan, denn die neue Blamage wäre durch die Verhandlungen noch größer geworden, als sie ohnehin ist. Wie steht es nun in Sachsen, wo mit ebenso schmerzlichen „Gründen“ die Schutzhaft über mehrere unserer Genossen verhängt worden ist? Gelächert es den Reichlichen Regierungsmännern nach einer ähnlichen Niederlage, wie sie sich ihre verehrlichen Kollegen im Falle Däumig geholt haben.

Ein neues Friedensangebot der Sowjet-Regierung an Polen.

M. Warschau, 11. März. Die polnischen Blätter melden, daß der Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, zu Händen des Ministers des Äußeren, sowie des Staatsoberhauptes Pilsudski eine neue Friedensnote, vom 6. März datiert, abgehen ließ. In der neuen Friedensnote betont Tschitscherin, daß die Arbeiterklasse Russlands den Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten und besonders mit Polen wünscht. Weiter wird hierin gesagt, daß die letzte bolschewistische Offensivnote nur eine Folge der polnischen Offensivnote gegen die ukrainischen Rot-Truppen ist. Tschitscherin verlangt von den polnischen Truppen die Einstellung der Aktionen gegen die ukrainischen Bolschewisten, worauf die russischen Truppen ihre Aktionen einstellen werden.

Verständigung über den deutsch-russischen Gefangenen-austausch.

M. Frankfurt a. M., 11. März. Wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet wird, haben die Besprechungen über den deutsch-russischen Gefangenen-austausch, die der Vertreter der Sowjetregierung, Wladimir Kopp, mit Vertretern der deutschen Regierung in Berlin gepflogen hat, zu einer vollen Verständigung geführt. Der Vertrag ist bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen ratifiziert werden, so daß in Kürze mit dem gegenseitigen Gefangenen-austausch begonnen werden kann. Die Gefangenen werden über Aivalik und Stettin zurückgeführt werden. Für die Kranken wird man versuchen, den Landweg über Polen zurückzubekommen.

Ausdehnung des „Freien Handels“

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird jetzt vollends „abgebaut“. Laut Mitteilung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird für das Jahr 1920 die Bewirtschaftung von Gemüse und Obst ausgehoben. Weder wird die Reichsstelle Obst- oder Nichtpreise aufstellen, noch soll das Recht dazu den Landes-, Provinzial- oder Bezirksstellen belassen bleiben. In Zukunft wird also vollständige „freier Handel“ in Obst und Gemüse herrschen. Wie mit Obst und Gemüse soll es auch mit Süßfrüchten abhandelt werden. Man muß schon sagen — diese Regierung ist unfähig, überhaupt etwas zu lernen. Mühte sie nicht die Erfahrungen, die mit der Freigabe des Oafers, der Eier, der Milchkühe und des Leders gemacht worden sind, vor weiteren ähnlichen Schritten warren? Wie mit den genannten Artikeln wird nun auch mit dem Obst der ungehemmte Wucher eintreten. Die Kosten dieser schädlichen Wirtschaftspolitik wird aber wieder die Masse der Minderbemittelten zu tragen haben, der ein Nahrungsmittel nach dem andern maßlos verteuert wird.

Verhaftung zweier deutschnationaler Elügen.

Berlin, 12. März. (Z. A.) In später Abendstunde wird gemeldet, daß Hauptmann Fodst, der frühere Generalstabchef des Garde-Kavallerie-Schützenkorps, und Generalstabchefsdirektor Rapp in Schutzhaft genommen seien.

Die englischen Bergarbeiter für die Sozialisierung der Bergwerke.

London, 10. März. Die Bergarbeiterkonferenz hat sich mit 584 000 gegen 340 000 Stimmen für den Streik zur Unterbrechung der Sozialisierung der Bergwerke erklärt. Der Nationale Arbeiterbund, dem ungefähr eine Million Arbeiter angeschlossen sind, hat beschlossen, auf dem außerordentlichen Kongress der englischen Gewerkschaftsverbände in der Frage der Sozialisierung für die Kollektive, also gegen die direkte Aktion zu stimmen. Daily Express meldet, daß der Führer des Bergarbeiterverbands, Emiliac, ebenfalls vom Vorstoß des Verbands zurückgetreten ist.

Bankrott.

Die Deckung der ordentlichen laufenden öffentlichen Ausgaben erfordert die Summe von rund 25 Milliarden Mark. Es ist oberster Grundsatz selbst der vulgärsten Staatswirtschaftslehre, daß laufende ordentliche Ausgaben nur durch laufende ordentliche Einnahmen gedeckt werden dürfen. Es müssen also in Deutschland jährlich 25 Milliarden Mark an Steuern aufgebracht werden. Daneben aber müssen durch einmalige oder mehrmals wiederholte außerordentliche Ausgaben die nötigen Summen misgelockt werden, um die Kriegsschulden abzutragen. Erst wenn beides möglich wäre, würde die Anleihewirtschaft aufhören, und die theoretische Möglichkeit einer Gesundung der Staatswirtschaft gegeben sein.

Betrachten wir zunächst das Problem der Deckung der laufenden ordentlichen Ausgaben. Herr Erzberger hat von seinem Vorgänger Herrn Schiller ein Steuerprogramm übernommen und erweitert, das auf dem Papier die nötigen Steuersummen aufbringen soll. Dieses Steuerprogramm sieht so aus:

1. Direkte Steuern:	
Vermögenssteuer	8,6 Milliarden
Einkommensteuer	10,4
Vermögenszuwachs, Erbschaftsteuer	1,0
15,0 Milliarden	
2. Indirekte Steuern:	
Umlaufsteuer	4,0 Milliarden
Verbrauchsabgaben	2,5
Zohsteuer	2,0
Verkehrssteuer	1,0
Böde	1,0
10,5 Milliarden	

Dazu zunächst eine rein rechnerische Betrachtung. Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung rund 400 Mk. jährlich an Steuern. Bei einer großen Durchschnittsberechnung hätte also eine fünfköpfige Arbeiterfamilie 2100 Mk. Steuern jährlich zu zahlen — von jedem Wochenlohn 40 Mk. Da die Einkommensteuer schon die geringen Einkommen sehr hart ansieht, da die indirekten Steuern in der Hauptsache auf den Kopf der Bevölkerung der Massenbedarfartikel, von der Arbeiterfamilie, wird die Wirksamkeit nicht weit hinter dieser Durchschnittsberechnung zurückbleiben.

Es läßt sich voraussehen, welche Wirkungen diese Besteuerung haben wird. Die Löhne der Arbeiterfamilie bleiben im Durchschnitt hinter dem bloßartigen Existenzminimum zurück. Eine so ungeheure Belastung ihres Einkommens zwingt sie zum Kampf um Lohnrückgehungen, Lohnrückgehungen werden Preiserhöhungen nach sich ziehen. Die Höhe des Staatsbedarfs aber hängt — abgesehen vom Zinsendienst — von Löhnen und Preisen ab. Er wird steigen infolge der Steuerwirkungen, und eine neue Anpassung der Steuerkraft wird die Folge sein. Hier ist kein Ausweg — es sei denn, daß der Staatsgewalt es gelingt, die Arbeiterfamilie zu schwächen, daß ein Abhängen ihrer Lohnforderungen, daß die Verdrängung ihrer Lebensstellung noch weiter unter das Existenzminimum möglich wird.

Die andre Frage aber ist, ob die übrigen Bevölkerungsklassen sich steuerwillig zeigen werden. Wird die bäuerliche Bevölkerung die direkten Steuern zahlen, und in welchem Umfang, und wenn nicht, wo ist bei dem heutigen System die Staatsgewalt, die sie einzuweihen könnte? Wenn es aber nicht gelingt, das Steneria von 25 Milliarden tatsächlich hereinzubekommen, so muß die Anleihewirtschaft weitergehen mit all ihren zerschmetternden Folgen. Die allgemeine Preiserhöhung wird weitergehen, damit aber werden die Anleihebeiträge immer größer werden müssen. Durch die allgemeine Geldentwertung ist der Wert der Kriegsanleihen gewaltig gesunken — so gewaltig, daß die Sparassen, die Versicherungskassen, die öffentlichen Körperschaften, die ihr Kapital in Kriegsanleihen angelegt hatten, heute tatsächlich bereits bankrott sind. Durch die Geldentwertung hat also gewissermaßen eine Teilamputation der Kriegsanleihen stattgefunden, und je größer die Geldentwertung wird, umso leichter der Zinsendienst für die Kriegsanleihen. Umso größer aber auch die Nominalanleihebeiträge, die beim Fortgang der Anleihewirtschaft sich nötig machen. Umso größer aber schließlich auch der Kapitalverlust, umso größer die Schwierigkeiten der kapitalistischen Volkswirtschaft. Was Erleichterung für die Staatswirtschaft erzieht, ist Verderbnis für die kapitalistische Wirtschaft.

Unter diesen Umständen entstehen selbst bei Aufbringung der für das Funktionieren der Staatsmaschine nötigen Mittel durch Anleihen Schwierigkeiten. Ganz abgesehen davon, daß heute die Anlage von Kapitalien in der Industrie, und namentlich in der Export-